

# FRANKFURTER STADTZEITUNG

Zeitung der  
Deutschen Kommunistischen Partei  
Frankfurt am Main

Ausgabe November/Dezember 2006



## Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! Peter Gingold

Unser Genosse Peter Gingold, Kommunist aus jüdischem Elternhaus, antifaschistischer Widerstandskämpfer, Internationalist, starb im Alter von 90 Jahren am 29. Oktober in Frankfurt/M..

Peter wurde für seine antifaschistische Arbeit in Frankreich und Italien geehrt. In Deutschland aber wurden ihm und seiner Frau als Kommunisten und Widerstandskämpfern lange Jahre die deutsche Staatsbürgerschaft verweigert.

Peter gehörte zu jenen, die unermüdlich über die Verbrechen des Faschismus aufklärten. Auf zahllosen Demonstrationen und Aktionen forderte er immer wieder: "Keinen Fußbreit den Faschisten! Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!" Er überzeugte gerade viele junge Leute, gegen Faschismus und Krieg aktiv zu werden. Anderen gab er die Kraft, nicht zu resignieren.

Peter kämpfte sein Leben lang als Kommunist aus tiefster Überzeugung für eine sozialistische Zukunft. Noch am 7. Oktober engagierte er sich während einer Veranstaltung in Frankfurt/Main für die Aufhebung des KPD-Verbotes und für die Rehabilitierung der Opfer des kalten Krieges.

Wir verlieren mit Peter Gingold einen Genossen, den Bescheidenheit und Wärme auszeichneten, der unsere Partei mit geprägt hat. Wir haben einen Freund und Genossen verloren, dessen Biografie Ermutigung und Vorbild ist, auch in schwersten Zeiten zu kämpfen.



## Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt! 21. Oktober 2006: Ein gelungener Anfang

Der DGB rief, rund 220.000 Menschen kamen und demonstrierten in Berlin, München, Dortmund, Stuttgart und Frankfurt gegen den Sozialkahlschlag der Großen Koalition. Sie gingen für einen Politikwechsel auf die Straße.

Allein in Frankfurt brachten mehr als 20.000 Menschen ihren Ärger gegen die unsoziale Politik von CDU/CSU und SPD zum Ausdruck. Auf Transparenten stand: "Schwarz/Rot ist der kleinen Leute Tod" oder "Große Koalition – große Abzocke!"

Die Demonstranten forderten u.a.:  
→ Mindesteinkommen von 500

- Euro monatlich plus Unterkunftskosten und Heizung
- gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde für alle Branchen
- Absenkung des Renteneintrittsalters auf 60 Jahre – ohne Rentenabschläge
- Verbot von Massenentlassungen
- radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich
- weg mit dieser Gesundheitsreform
- Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze
- Beibehaltung der paritätischen Finanzierung der Krankenversi-

- cherung
- Abschaffung von Praxisgebühr und Medikamentenzuzahlung
- keine Mehrwertsteuererhöhung
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer
- keine Studiengebühren in Hessen
- reale Unterrichtsgarantie

Die Resonanz auf diese Forderungen war sehr stark. Die Proteste, zu denen der DGB aufgerufen hatte, waren ein Erfolg. Sie bleiben auch dann ein Erfolg, wenn die Medien in unserem Land versuchen, ihn klein zu reden. Ulrich Thöne, Vorsitzender der Gewerkschaft "Erziehung und Wis-

...weiter auf S. 2

## Ein gelungener Anfang



senschaft", GEW, mahnte auf dem Frankfurter Römerberg: "Wir sind die Mehrheit in diesem Land und wir können auch eine Macht sein, wenn wir uns einig sind!" Wenn wir zu dieser Macht werden wollen, dürfen wir es aber nicht bei den Protesten vom 21. Oktober belassen. Das muss und kann noch weiter gehen! Unsere Kolleginnen und Kollegen in Frankreich haben uns gezeigt, wie es noch besser gehen kann. Sie führten gegen ihre Regierung einen zähen, andauernden Kampf. Sie steigerten die Zahl ihrer

Demonstrationsteilnehmer auf über 3 Millionen und zwangen die Regierung, das Kündigungsschutzgesetz für Menschen unter 26 Jahren, das den Kündigungsschutz für diese Personengruppe praktisch außer Kraft setzte, wieder zurück zu ziehen!

Deshalb dürfen auch unsere Proteste vom 21. Oktober 2006 nur der Beginn einer Protestwelle sein, wenn die Politik der Großen Koalition sich ändern soll.

Damit es auch anders geht! Dafür brauchen wir noch stärkeren Einsatz der Betroffenen und noch mehr Solidarität von Allen!



## Die DKP fordert:

- **Weg mit Hartz IV!** Rücknahme aller Regelungen, mit denen soziale und demokratische Rechte abgebaut und die sozialen Risiken privatisiert worden sind. Die **sozialen Sicherungssysteme** sind so auszubauen, dass sie bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und im Alter vor Armut schützen.
- Rücknahme aller Maßnahmen, mit denen die Unternehmen und die Reichen steuerlich entlastet worden sind. Durchsetzung einer **Steuerreform**, die die Konzerne, Banken und Superreichen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranzieht.
- Gesetzliches Verbot von Entlassungen, Betriebs-schließungen und Betriebsverlagerungen, die zum Zwecke der Profitmaximierung vorgenommen werden. **Wirksame Mitbestimmung** von Betriebsräten und Gewerkschaften über Investitionen und Standortentscheidungen.
- **Verkürzung der Arbeitszeit.** Senkung des gesetzlichen Renteneintrittsalters.
- Einführung eines gesetzlichen **Mindestlohnes** zum Schutz vor Armutslöhnen und Lohndumping. Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen. Wer nicht ausbildet muss zahlen!
- Keine neuen Rüstungsprojekte. **Senkung der Rüstungsausgaben** und Verwendung der frei werdenden Mittel für soziale Zwecke und zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen.

### DKP Frankfurt/M.

Hansteinstraße 4  
60318 Frankfurt am Main  
Telefon: 069 - 46 00 59 67  
Fax: 069-95 51 76 05  
email: dkp-frankfurt@email.de  
Internet: www.dkp.de

## Aus der Welt des Kapitals

### I. Stellenabbau ohne Ende – Arbeitslosigkeit – Armut

Der **Tourismus-Konzern TUI** will in Frankfurt 200 Arbeitsplätze abbauen. Die **Allianz-Versicherung** will gegen den erbitterten Widerstand der Beschäftigten bis 2008 fast 900 der 1.600 Vollzeitstellen in Frankfurt streichen. **Clariant** will 500 Arbeitsplätze in Höchst, Griesheim und Wiesbaden vernichten. Die **Sparkassen-Informatik (SI)** plant bundesweit 1.450 Stellen "einzusparen", wieviel davon in Frankfurt?

Die **Dresdner Bank** will bundesweit rund 2.500 Arbeitsplätze abbauen. In Frankfurt? **Neckermann** erpresst die Beschäftigten: 4,5 Stunden Mehrarbeit in der Woche und 300 Euro weniger im Monat... Sonst werden noch mehr Arbeitsplätze abgebaut...

Ende Oktober gab's in unserer Stadt 34.971 registrierte Arbeitslose, von denen 25.611 mit ca. 17.000 Angehörigen – darunter viele Kinder – vom Sozialhilfegesetz nach SGB II leben mussten.

### II. "Aktionären winkt Rekordausschüttung"

titelt die FAZ (15.11.06). 2006 sollen die Aktionäre der 30 DAX-Unternehmen 22 Milliarden Euro Dividende kassieren. Von 2000 bis 2006 haben sie dann zusammen 98.000.000.000 Euro abgesehen. Noch schöner für die Damen und Herren, wenn sie Millionäre sind und in der Steueroase Hessen wohnen. Ihre Einkommenssteuererklärung wird nach Auskunft des hessischen Finanzministeriums nur alle 10 Jahre überprüft (FR 20.11.06).

**Arbeitsplatzabbau, Arbeitslosigkeit, Armut für uns – Traumgewinne für die Aktionäre, die keinen Finger krumm gemacht haben. Wie lange lassen wir uns das noch gefallen?**

## 60 Jahre Hessische Verfassung

Am 1. Dezember 1946 wurde die Verfassung Hessens beschlossen. Zugestimmt haben SPD, CDU und KPD. Dagegen votierte die LDP, die spätere FDP.

Diese, nach 12 Jahren Nazidiktatur und einem verbrecherischen Krieg mit mehr als 50 Millionen Toten, entstandene demokratische Verfassung, war von den Erfahrungen der Mütter und Väter dieses Dokuments geprägt.

So wurde die Verfassung vom antifaschistisch-demokratischen Grundkonsens beherrscht und eine Reihe sozialer und politischer Rechte für die Menschen in Hessen festgeschrieben.

Sogar die CDU vertrat damals die Position, dass das kapitalistische System den Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden sei (Ahlener Programm der CDU von 1947). So konnten u. a. in der Verfassung das Recht

auf Arbeit, die betriebliche Mitbestimmung, das Verbot wirtschaftlichen Machtmissbrauchs, kostenlose Bildung und die Ächtung des Krieges verankert werden.

72 % der Wähler stimmte dem Verfassungstext und dem Artikel 41 (Sozialisierung von Teilen der Großindustrie) zu. *Ein glasklares Votum!*

Von den fortschrittlichen Inhalten der Hessischen Verfassung wurde wenig umgesetzt. Mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland von 1949 und dem damit einhergehenden Grundsatz: Bundesrecht bricht Landesrecht konnten die von CDU und anderen nicht mehr gewollten fortschrittlichen Inhalte ausgehebelt werden. Das Grundgesetz und die Länderverfassungen, verloren schnell ihr progressives Gesicht. Was die Mütter und

*...weiter auf S. 4*

## Rabe meint..



Frankfurts Kulturdezernent Felix Semmelroth (CDU) verwehrte dem Kommunisten und Antifaschisten Peter Gingold eine Ehrung über die "Johanna-Kirchner-Medaille" hinaus. Begründung: Peter Gingold war Kommunist.

Nach öffentlichen Protesten musste Semmelroth zugeben, dass die Achtung vor Peter Gingolds Antifaschismus auch unabhängig von Peters kommunistischer Überzeugung gilt. Peter Gingold wurde schon Zeit seines Lebens von den bürgerlichen Parteien und den Medien als der Antifaschist dargestellt. Dass er ebenfalls Kommunist war, verschwieg "man" bewusst. Auch nach seinem Tod soll der Kommunist Peter Gingold ausgeblendet werden.

Peter Gingold war und ist für jeden Demokraten ein Mahner vor den alten und neuen Faschisten.

Seine Stadt Frankfurt muss seiner gedenken!

meint

*Ihr Rabe*



**VORMERKEN:  
Pressefest der UZ  
22. - 24. Juni 2007  
in Dortmund**

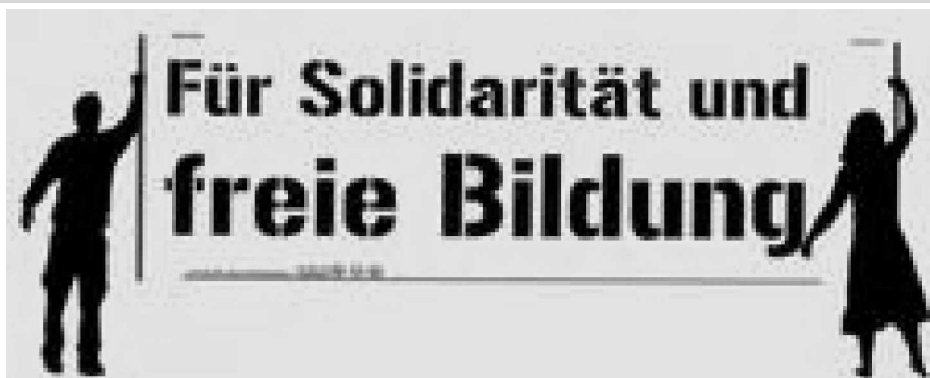
# Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit erfordert Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt

Der Anteil der langzeitarbeitslosen Frauen und Männer an allen registrierten Arbeitslosen in Frankfurt ist, trotz der 1-Euro-Jobs, zwischen 2003 und 2006 von 28,3% auf 40,6% gestiegen! "Wenn sich auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Perspektiven für diese Personengruppe findet, muss konsequenter als bisher, über alternative Beschäftigung auf dem 2. und 3. Arbeitsmarkt nachgedacht werden", forderte Hans-Peter Griesheimer, der Vorsitzende der Geschäftsführung der Frankfurter Arbeitsagentur (Arbeitsmarktbericht, Oktober 2006, S. 3). Recht hat er!

Die linke Opposition im Römer muss aktiver werden und bei den gegenwärtigen Haushaltsberatungen die öffentlich geförderte Einrichtung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen fordern. Das Geld dafür ist da, wenn CDU-GRÜNE darauf verzichten, den Frankfurter Großunternehmen jährlich zwischen 80 und 90 Euro Millionen Gewerbesteuer zu schenken.

## Artikel 59 der Hessischen Verfassung

„In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. Das Gesetz muß vorsehen, daß für begabte Kinder sozial Schwächer-gestellter Erziehungsbeihilfen zu leisten sind. Es kann anordnen, daß ein angemessenes Schulgeld zu zahlen ist, wenn die wirtschaftliche Lage des Schülers, seiner Eltern oder sonst Unterhaltspflichtigen es gestattet. Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.“



## Hergeben! Ab 2007 auch: Studiengebühren

Ab 2007 werden an den hessischen Hochschulen Studiengebühren eingeführt. Die hessischen StudentInnen ergreifen das Wort dagegen mit einer Verfassungsklage vor dem Hessischen Staatsgerichtshof. Denn Art. 59 der Hessischen

Verfassung bestimmt: "In allen ... Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich".

Machen Sie die Verfassungsklage möglich durch Unterstützung mit Ihrer Unterschrift! Alle Infos unter

<http://www.verfassungsklagebildung.de>

## Fortsetzung von Seite 3, "60 Jahre Hessische Verfassung"

Väter der Hessischen Verfassung nicht wollten, das haben ihre Epigonen in den bürgerlichen Parteien von CDU, FDP, SPD bis hin zu den Grünen in 60 Jahren nach und nach hingebogen.

Auch die Hessische Verfassung soll aktuell weiter zurechtgestutzt werden. Man nennt es "Reform". Fallen sollen aber demokratische

Bastionen, wie die Sozialpflichtigkeit des Eigentums oder das demokratische Verfahren, Verfassungsänderungen durch Volksentscheide beschließen zu lassen. Die verfassungsmäßig garantierte Unentgeltlichkeit des Unterrichts wurde jetzt durchbrochen (Art. 59).

Wir Kommunisten stehen auf der

Seite der um ihre Rechte und um ihre Lebensperspektive kämpfenden Menschen unseres Landes. Wir unterstützen den Kampf der Studentinnen und Studenten gegen die unsozialen, verfassungsbrecherischen Studiengebühren. Wir unterstützen die angestrebte Verfassungsklage und fordern auf, sich daran zu beteiligen.

### Hans Heisel

Zeitzeuge des Nationalsozialismus und als deutscher Marinesoldat in Frankreich, in der Résistance, aktiv, berichtet am

14. Dezember 2006, 19.30 Uhr  
im:

DGB-Jugendclub, Frankfurt/M.,  
Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77

Veranstalter: SDAJ Frankfurt

Die UZ, Wochenzeitung der DKP, kann in Frankfurt in der Bahnhofsbuchhandlung im Hauptbahnhof und auf den Aktionen gegen den Sozialabbau gekauft werden.

**unser e zeit**  
www.unsere-zeit.de  
UZ - Zeitung der DKP

Abto & Information  
CommPress Verlag,  
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen  
Tel: 0201 24 85 482  
E-Mail: UZAbo@t-online.de

Name: \_\_\_\_\_  
Vorname: \_\_\_\_\_  
Straße: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

**Unser Wertpapier**  
kommunistisch · informativ · wertvoll